

Unsere Demokratie ist nicht zukunftsfest

75 Jahre Grundgesetz: Erwiderungen auf „Staatstragende Reden zum Jubiläum“, FR-Forum vom 4. Juni

Bündnisse mit den übelsten Diktatoren

Das beste, was Europa seit der Antike hervorgebracht hat, war die Aufwertung des Individuums, die Sicherung seiner Rechte und die Verhinderung von Machtmissbrauch in einer vernünftig legitimierten Demokratie. Demokratie und Menschenrechte sind die Lehren aus der Geschichte, vor allem auch aus der deutschen Geschichte. Sie haben uns Frieden und Wohlstand gebracht.

Wir hatten in Deutschland die Diktatur des Staatschristentums, der Könige von Gottes Gnaden, des Faschismus und im Osten des Kommunismus. Unter all diesen Regimen hatten die Menschen zu leiden. Es waren Unrechtsregime mit zweifelhafter Legitimität. Einen Staat auf Geister zu gründen, ist so schlecht, wie ihn auf Gewalt zu gründen. Noch jede Diktatur hat, bei aller Faszination für die Einfältigen, Leid und Verfolgung, meist auch Krieg gebracht. An der Fluchtrichtung lässt sich am besten erkennen, wo Diktatur und wo Freiheit herrschen, wo gut regiert wird und wo die Menschen leiden.

Die letzten Enthüllungen zur AfD sollten jeden wachrütteln, der geglaubt hat, die AfD vertrete deutsche Interessen, nein, sie verrät Deutschland, indem sie Bündnisse mit den übelsten Diktaturen eingeht, mit Russland, China, Iran.

Roland Fakler, Ammerbuch

Wenn ich im Stuttgarter Schlossgarten beim Parkgebet predige vor Kritikern des Projekts Stuttgart 21, werde ich vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet. Ich finde es ehrenwert, für so gefährlich gehalten zu werden. Der Verfassungsschutz schützt hier aber natürlich nicht die Verfassung oder die Demokratie, sondern ein Skandalprojekt unter einem Ministerpräsidenten, der vor seiner Wahl noch gegen Stuttgart 21 protestierte, danach aber dafür eintrat, auch noch, als dieses Projekt einen gesetzwidrigen Polizeieinsatz benötigte wie in Diktaturen.

Der Aufbau des westdeutschen Verfassungsschutzes geschah unter dem Nazi Gehlen, sein Nachfolger Maaßen wird inzwischen selbst vom Verfassungsschutz beobachtet. Das Verbot einer rechtsradikalen Partei scheiterte am Verfassungsschutz selbst, der zu eng mit den Beobachteten verquickt war. Ein echter Verfassungsschutz müsste auch Minister Pistorius beobachten, der Nazipropagandabegriffe wie „Kriegstüchtigkeit“ zur Maxime der Verteidigungspolitik macht, oder Ministerin Faeser, die – NS-Sippenhaft nachahmend – unbescholtene Menschen deportieren will, weil sie mit kriminellen Clanmitgliedern fern verwandt sind. Ein an Regierungsanweisungen gebundener Verfassungsschutz ist ein Hinweis auf verbesserungsbedürftige demokratische Gewaltenteilung.

Friedrich Gehring, Backnang

Social-Media-Kanälen dringend thematisiert und abgestellt werden.

Im Artikel steht zu recht, dass in den Schulen Demokratiegrundlagen und Medienbildung praktisch nicht vorkommen. Durch KI fehlt der nächsten Generation das Verständnis, gigantische Mengen an Informationen kritisch einzuschätzen. Ebenso fehlt das Thema Klimaschutz im täglichen Schulbetrieb, das immer noch nicht als Regelfach angeboten wird. Warum wird solch elementares Wissen nicht im Fach Gesellschaftslehre vermittelt?

Nach einer aktuellen Studie sollen 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren das Wort Klimawandel noch nie gehört haben. Die Dunkelziffer in der Lehrerschaft und bei den Eltern dürfte mindestens genauso hoch sein.

Angstauslöser sind Ereignisse, die Menschen nicht kennen oder einschätzen können. Die meisten der 80 Prozent der Jugendlichen mit Bezug zur drastischen Klimaveränderung leben in Angst vor der Zukunft, auch beim Klima. Was liegt also näher, als die Angst durch fundierte Klimaschutzbildung zu nehmen? Basierend auf realistischen Lösungsansätzen muss die Zielrichtung auf „Hoffnung geben“ ausgerichtet sein, wie dies im Projekt „Klimagerechte Schulen“ beschrieben ist. Dies sind die Grundlagen für eine sachliche und gesellschaftlich sinnvolle Diskussionskultur. Nur so besteht die Chance für die junge Generation auf akzeptable Temperaturen, ausreichend Lebensmittel und Trinkwasser sowie auf eine lebenswerte Umwelt. Da braucht sich niemand an Plakattwänden abzureagieren oder gewalttätig zu werden.

Jürgen Eiselt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/grundgesetz-3



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240611

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das Gespräch „Fußball und Glaube“ mit Stadionpfarrer Eugen Eckert. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Katholischen Erwachsenenbildung zur Fußball-EM.
Freitag, 14. Juni, jeweils 18 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Roman „Noah schläft“ im Rahmen der Wolfegger Kultur- und Museumsnacht und im Wechsel mit anderen Autorinnen und Autoren des Verlags Sparkys Edition. Mit Live-Musik, Kunstausstellung und Cocktails.
Samstag, 15. Juni, 19 Uhr
Orangerie im Hofgarten
Alttanner Str. 9, Wolfegg/Allgäu

Georg Leppert moderiert das Gespräch „Fußball und Wirtschaft“ mit Eintracht-Vorstand Philipp Reschke. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Katholischen Erwachsenenbildung zur Fußball-EM.
Sonntag, 18. Juni, 18 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der früheren Punk-Sängerin Yasmin Sibai über ihr Buch „Punked“.
Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46a
Frankfurt

Sorgenvoll im Wahlkampf

Zu: „Empörung nach Angriff auf Kiesewetter“, FR-Politik vom 3. Juni

Die täglichen Meldungen von Angriffen auf Kommunalpolitiker oder nun gar auf Mette Frederiksen (die Ministerpräsidentin Dänemarks, Anm. d. Red.) sollten uns allen Anlass sein, enger zusammenzurücken. Es reicht nicht mehr, wenn entsetzte MinisterInnen versprechen, mit aller Härte des Gesetzes zu antworten. Ja, das muss sein – und zwar zügig und konsequent hart bis zu einer Freiheitsstrafe.

Ich denke mit großer Sorge an die Wahlkämpfe im Spätsommer und Herbst in den neuen Bundesländern. Wir sollten die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts nicht vergessen! Der Außenminister Walter Rathenau wurde von extremen Rechten 1922 ermordet, zunehmend ging die SA auf Kommunisten und Sozialdemokraten los, auch mit Knütteln. Ich könnte mir, bei wachsender Enthemmung, ein solches Szenario für den Herbst durchaus vorstellen.

Wie sich die Demokratie darauf vorbereiten soll – ich weiß es nicht. Aber die für Recht, Ordnung und innere Sicherheit Verantwortlichen müssen sich und unsere Ordnungskräfte darauf vorbereiten und auch eine schnell handelnde Justiz etablieren. Reinhard Matthies, Pinneberg

Der Aufwand lohnt sich

Sozialer Aufstieg: „Ein anderer Planet“, FR-Tagesthema vom 31. Mai

Ihr Bericht weckt bei mir den Eindruck, das Problem sei neu und betreffe vorwiegend Ausländer. Das ist beides nicht der Fall. Vor 70 Jahren – ich wohnte damals im Frankfurter Nordend – weigerte sich mein Volksschul-Klassenlehrer, mich zu einer einwöchigen Aufnahmeprüfung für die Mittelschule zu empfehlen. Prompt packte mich am darauffolgenden Samstag meine Mutter, und wir liefen nach Seckbach, wo dieser Lehrer wohnte. Mutter wusch ihm den Kopf, und für ihn kam erschwerend hinzu, dass wir ihn in einem zerrissenen Netzhemdchen in seinem Vorgarten werkelnd vorfanden – ein Lehrer war damals noch eine Respektsperson, und das Outfit passte da nicht so recht. Da meine Mutter ihre Lautstärke steigerte, gab er schließlich nach, ich absolvierte diesen Test problemlos und besuchte später erfolgreich die Ingenieurschule. Der Aufwand hatte sich also gelohnt.

Jahrzehnte später, als Ortsbeirat im Gallusviertel, dann das Déjà-vu-Erlebnis. In einem Gespräch mit einer Schulleiterin erklärte uns diese: „Wir bilden mittlere Menschen aus für mittlere Berufe“. Wir wussten darauf nichts mehr zu antworten. Gibt's bei dieser begabten Erzieherin auch untere Menschen für untere Berufe?
Manfred Stibaner, Dreieichen

Der Krieg muss ein schnelles Ende finden

Nahost: „Wie sollen wir künftigen Generationen erklären, was hier passiert?“, FR-Feuilleton vom 4. Juni

Wo bleibt das Mitgefühl für die Menschen in Gaza?

Ein Mann mit jüdischen Wurzeln und eine Frau mit palästinensischen Wurzeln halten es für normal, dass sie miteinander sprechen können. Welche Wohltat, so etwas zu lesen! Für den ganzen Nahen Osten gilt das als Utopie. Solche Friedensaktivisten betonen, dass miteinander reden und verhandeln der einzige Weg für die Sicherheit der jüdischen Israelis ist.

Im Politikteil am 5. Juni wird geschäftsmäßig über Netanjahu berichtet, am Wesentlichen vorbei. Es ist wichtig, über die Situation der Geiseln zu berichten. Auch Netanjahus vorrangiges Motiv, der Erhalt seiner Macht, mag von Bedeutung sein. Was fehlt, ist der Hinweis auf die Rechtslage. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Internationalen Strafgerichtshof aner-

Elementares Wissen wird nicht vermittelt

Gewaltverhinderung und unsere Demokratie stärken sind die wichtigsten Aufgaben für unsere Gesellschaft. Deshalb müssen Hassmeldungen, Fake News und ganze Desinformationskampagnen aus den Leitmedien, der Politik und besonders aus den

Humanitäre Hilfe für Kinder aus Gaza

Das militärisch hochgerüstete Israel will die Hamas „besiegen“. Dass dies unmöglich ist, wissen alle. Über eine Millionen Menschen sind in den südlichsten Teil des Gazastreifens

geflohen, um dem von Israel produzierten Inferno „Rafah“ zu entkommen. Die Zivilisten können jedoch nicht vor dem Krieg flüchten, weil Gaza ein von Israel abgesperrtes Gebiet ist. Deshalb wird auch von einem „Freiluftgefängnis“ gesprochen.

Der Krieg muss ein schnelles Ende finden! Aus humanitären Gründen sollte die Bundesrepublik Deutschland 20.000 Kinder jetzt aus Gaza schnell und unbürokratisch aufnehmen, um sie vor Tod, Trauma, Verhungern und Verletzung zu schützen. Die Kinder aus Gaza sind wirklich unschuldig. Sie sollten im Rahmen der Kinderhilfe bei uns bis zu einem Waffenstillstand großzügig untergebracht werden. Das gebietet die Menschlichkeit, die man auch 1,2 Millionen Ukrainern, die flüchten konnten, angedeihen ließ.
Thomas Ewald, Nidderau